

Zeitschrift:	Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber:	Widerspruch
Band:	37 (2018)
Heft:	72
Artikel:	Stimmrecht, Kochtopf, gleiche Löhne : Landesstreik 1918 - Frauen setzen Meilensteine
Autor:	Joris, Elisabeth
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-846981

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stimmrecht, Kochtopf, gleiche Löhne

Landesstreik 1918 – Frauen setzen Meilensteine*

Die bildstarke Verknüpfung von Stärke und Maschinen im Kampfruf von 1918 «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!»¹ schloss implizit alle Frauen aus, selbst die Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Gleichzeitig besetzte jedoch das aktive und passive Frauenstimm- und Wahlrecht auf der Liste der Landesstreikforderungen den prominenten zweiten Platz. Ebenso standen die Versorgung der Bevölkerung und die Teuerung der Nahrungsmittel immer wieder auf der Traktandenliste des im Februar 1918 gegründeten Oltener Aktionskomitees (OAK) (SGB 1918a). Trotzdem traten Frauen im Generalstreik als politische Ansprechpartnerinnen oder Wortführerinnen kaum in Erscheinung (Schweizerischer Gewerkschaftsbund 1918). Als einzige Frau im OAK hatte Rosa Bloch-Bollag ihre Mitgliedschaft bereits im Frühjahr dem Zürcher Genossen Fritz Platten überlassen. Dennoch wussten Frauen und ihre sozialistischen Mitstreiterinnen im Vorfeld des Landesstreiks wegen der Brisanz der Nahrungsmittelversorgung Akzente von bedeutender politischer Tragweite zu setzen. Die inhaltliche Verknüpfung der Forderung nach verbilligten Lebensmitteln mit den Forderungen nach Lohngleichheit und nach Einführung des Frauenstimmrechts vermochte Frauen weit über die Linke hinaus zu mobilisieren.

Frauenstimmrecht und Klassenkampf

Die ersten Arbeiterinnenvereine wurden um 1885 gegründet und schlossen sich 1890 zum Schweizerischen Arbeiterinnenverband (SAV) zusammen. Unter ihrer ersten Präsidentin Verena Conzett-Knecht waren Versicherungs- und Wochnerinnenschutz zentrale Postulate des Verbands, ab 1893 auch das Frauenstimmrecht. Seit 1904 im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) integriert, gewann er 1905 mit der Arbeiterinnensekretärin Margarethe Hardegger und den von ihr gegründeten Zeitschriften *Die Vorkämpferin* und *L'Exploitée* an frau-

* Der Artikel basiert vorwiegend auf den Recherchen für den Beitrag *Kampf um Frauenrechte – Allianzen und Bruchlinien* von Elisabeth Joris. Er erschien in: Traverse, Bd. 2018 (2).

politischem Profil (Bösch 2003; Bochsler 2004). Hardegger setzte sich öffentlich für sexuelle Aufklärung, Verteilung von Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung ein, was die meisten Gewerkschaftskollegen nicht goutierten. Ähnlich wie Hardegger hielt sich die sozialdemokratische Ärztin und Frauenrechtlerin Betty Farbstein-Ostersetzer in frauenspezifischen Fragen nicht an die Parteilinie, sondern ging von ihren alltäglichen Erfahrungen aus. Sie führte im proletarischen Quartier Zürich-Aussersihl eine Praxis für Frauenkrankheiten, hielt in Arbeiterinnenvereinen Vorträge über Verhütung und forderte einen Lohn für Hausfrauen (Zweig-Strauss 1999, 105f.; Frei 1991, 83f.). Marie Hüni, die Nachfolgerin der 1909 vom SGB entlassenen Margarethe Hardegger, orientierte sich stark an der von der deutschen Sozialistin Clara Zetkin vorgegebenen Linie. Diese hatte sich bereits 1889 am Gründungskongress der Zweiten Internationale von den sogenannten bürgerlichen Frauenrechtlerinnen abgegrenzt: «Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger als ein Wechsel, der keinen Kurs hat. [...] Nur in der sozialistischen Gesellschaft werden die Frauen wie die Arbeiter in den Vollbesitz ihrer Rechte gelangen.» (Zetkin 1957, 3f.) In ihrer Funktion als Sekretärin der 1907 gegründeten Sozialistischen Fraueninternationale hatte Zetkin Hüni 1910 zum internationalen Frauenkongress in Kopenhagen eingeladen, um die seit 1907 ungelösten Differenzen bezüglich des Vorgehens beim Frauenstimmrecht zu lösen und den internationalen Frauentag im März ins Leben zu rufen (Heinzmann 2002, 46; Hardmeier 1997, 144). Hüni verpflichtete nun auch den SAV, sich «auf den Boden des Klassenkampfes zu stellen, der von vornherein jede bürgerliche Allianz [...] ausschliesst» (*Die Vorkämpferin* 1910, 9, 5). Diese Position sollte Hüni in der politischen Praxis nicht so rigoros umsetzen, vielmehr konnte sie sich «ein zeitweiliges Zusammengehen der proletarischen und bürgerlichen Frauen» vorstellen.

Der 1912 neu als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP) aufgenommene SAV verpflichtete am Parteitag des gleichen Jahres die Genossen, bei jeder Gelegenheit für das Frauenstimmrecht zu agitieren. In der umstrittenen Frage, ob dabei mit bürgerlichen Frauenorganisationen zusammengearbeitet werden sollte, rang sich die SP zum Kompromiss durch. Ein Zusammenspannen sei in Bezug auf politische Gleichberechtigung erlaubt, nicht aber die Zugehörigkeit eines sozialistischen Vereins zu einer bürgerlichen Frauenorganisation (Hardmeier 1997, 151; Mesmer 1988, 264f.). Auch der SAV beschloss, dass die Klasseninteressen nur bei wirtschaftlichen Themen eine strikte Trennung bedingten (Heinzmann 2002, 53).

Als eigenständige Organisation löste sich der SAV allerdings 1917 auf, um die Mitglieder gänzlich in die sozialdemokratischen Sektionen zu integrieren. Rosa Bloch-Bollag stand der neu gegründeten sozialdemokratischen Zentralen Frauen-Agitationskommission (ZFAK) vor. Zusammen mit anderen Genossinnen brachte sie zentrale Anliegen der Frauengruppe auf die Agenda der Arbeiterbewegung: Neben den von Partei und OAK verlangten Massnahmen zur Linderung

der allgemeinen Not und der Unterstützung der Familien der aufgebotenen Wehrmänner auch die Einführung des Frauenstimmrechts (Heinzmann 2002, 57f.). Gleichzeitig betonten die Sozialistinnen die Abgrenzung zu den Frauenrechtlerinnen: «Für die bürgerlichen Frauen ist die Erreichung des Stimmrechtes Selbstzweck, Endziel; für die proletarische Frau ist es ein Mittel, den Klassenkampf wirksamer zu führen.» (*Die Vorkämpferin* 1917, 8, 5) Diese Positionierung entsprach der im Krieg im März 1915 in Bern einberufenen Frauenkonferenz der sozialistischen Fraueninternationale unter der Leitung von Zetkin. Die rund siebzig hier versammelten Genossinnen aus acht Staaten setzten als vehementen Vertreterinnen eines sofortigen Friedens ein Zeichen für internationale Solidarität. Sie distanzierten sich zugleich ebenso deutlich von allen Frauenorganisationen, die sich in verschiedensten Nationen mit gemeinnütziger Arbeit in den Dienst ihres Landes stellten, um mit patriotisch geprägtem Einsatz die Forderung nach Einführung des Frauenwahlrechts zu legitimieren (Zetkin 1915; Hardmeier 1997, 155f.). So hatten sich auch in der Schweiz unter der Federführung des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins eine Vielzahl von Frauenorganisationen unter dem Motto «Pflichten erfüllen, heisst Rechte begründen» an der «Nationalen Frauenspende» beteiligt, um sich an den Kosten der Mobilisierung der Soldaten zu beteiligen (Grayzel 2014; Gerhard 1990, 202f.; Joris/Schumacher 2014, 316f.). Doch trotz klassenkämpferischer Parolen priorisierten die Sozialistinnen auf dem Hintergrund der kriegsbedingt angespannten Versorgungslage die Bekämpfung der Notlage durch konkrete Massnahmen.

Der Mangel im Kochtopf

Im Einklang mit der Fraueninternationale sahen auch die Schweizer Sozialistinnen die Ursache des Hungers in der Spekulation, den tiefen Löhnen und der mangelnden Unterstützung durch den Staat (*Die Vorkämpferin* 1915, 9, 2). Während sie dagegen vornehmlich auf der Strasse agitierten, standen diese Fragen auch immer wieder im OAK zur Diskussion. Es lehnte den bundesrätlichen Beschluss einer Milchpreiserhöhung per Telegramm als nicht akzeptierbar ab (SGB 1918b). Nach dem OAK sollte der Staat die Kosten für die Preiserhöhungen übernehmen. Allenfalls sollte auch die Minimaleinkommensgrenze für den Bezug verbilligter Milch erhöht werden. Gefordert wurde zudem die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Unterstützung beim Kauf von Nahrungsmitteln und Artikeln des täglichen Bedarfs, die Beschlagnahme von Kartoffeln durch den Bund, ein Ausfuhrverbot für Lebensmittel, die Rationierung weiterer Lebensmittel sowie von Kohle und Bedarfsgegenständen wie Schuhe. Zu den Forderungen gehörten auch ein Teuerungsausgleich und Mindestlöhne (SGB 1918c; Moser 2014, 186f.).

Da sich die Preise in der Schweiz wie in den Kriegsnationen seit 1914 im Schnitt mehr als verdoppelt hatten, war 1918 gut ein Sechstel der Bevölkerung notstands-

berechtigt. Schuld daran waren vor allem die massiven Kreditvergaben der Zentralbank durch Ankurbelung der Notenpresse, da die Vermögenden eine Steuererhöhung zur Deckung der staatlichen Kriegskosten verweigerten (Guex 2017, 81f.). Die dadurch erzeugte Inflation belastete vorwiegend die Arbeiterfamilien, insbesondere die Frauen, die für die Kochtöpfe und Haushaltsversorgung zuständig waren. Die Knappheit der Lebensmittel wurde durch die unkoordinierten Einzelaktionen von Gemeinden und Kantonen noch verstärkt. Während die Familien der untersten Einkommensschichten ihre prekäre Lage dank Notunterstützung etwas mildern konnten, sahen sich insbesondere die Angestellten einer ständig sinkenden Kaufkraft ausgesetzt (Floris u. a. 2017, 81f.). Vor allem in den Städten, grossen wie kleineren, stiegen unter dem Eindruck der rasanten Teuerung die Spannungen an. In Bellinzona stürmten und plünderten im März 1918 aufgebrachte Frauen und Männer eine Milchzentrale. In Biel eskalierte die am 8. Juli von den Revolutionären Jungburschen organisierte Demonstration: Sie stürmten einen mit Kartoffeln gefüllten Lastwagen, die gegen die Demonstrierenden eingesetzte Armee erschoss einen jungen Mann (Keller 2016). Wegen ungenügender Notmassnahmen in Basel verlangte eine riesige Teuerungsdeemonstration im Juni 1917 die Einrichtung einer Volksküche sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit. In weiteren Städten nahmen bis zum Sommer 1918 Tausende an Hungerdemonstrationen teil.

Eine zentrale Rolle bei den Aktionen gegen den Hunger spielten die Arbeiterinnenbewegung und besonders die Zentrale Frauenagitationskommission. Es war eine bewusste Taktik der Sozialdemokratinnen, als Frauen die Proteste gleichzeitig anzuheizen und zu bündeln (Ziegler 2007, 323f.). Frauen spürten den Mangel vor allem in den Kochtöpfen, nicht nur wegen der Teuerung, auch wegen der Rationierung. Vor allem im Juni und November 2018 waren die zugeteilten Rationen so klein, dass sie den Kalorienbedarf einer Familie nicht deckten. Während wohlhabende Familien die rationierten Nahrungsmittel durch den Kauf nicht rationierter Lebensmittel wie Fleisch und Eier ersetzen konnten, fehlte den Notleidenden dafür das Geld. Sie mussten sich in den neu eröffneten Volksküchen mit Suppe eindecken (Floris u. a. 2017). Aus Protest gegen diese Situation intervenierten Arbeiterinnenvereine und sozialistische Frauengruppen bereits seit 1916 in Städten wie Bern, Biel, Zürich und St. Gallen auf lokalen Gemüse- und Obstmärkten. Sie stiessen Marktstände um, bedienten sich selbst und bestimmten den Preis für das Kilo Kartoffeln (Pfeifer 1993, 179f.; Moser 2014, 179f.). Wegen der fehlenden Preiskontrollen auf den Berner Märkten hätten die Bauernfrauen ihr Gemüse zu willkürlichen Höchstpreisen verkauft, erinnerte sich vierzig Jahre später die inzwischen neunzigjährige Magdalena Zingg aus Bern: «Da haben dann die organisierten Arbeiterfrauen, angeführt von ihrer militanten Präsidentin, Genossin Wollermann, laut protestierend den Markt durchzogen und sich nicht gescheut, da und dort, bei besonders krassen Fällen, die Gemüsekörbe umzustossen.» (Oettli/Kissel 1958, 9f.) Hausfrauen und Konsu-

mentinnen aus der Mittelschicht verhehlten nicht ihre Sympathie für die Protestaktionen.

In Zürich organisierte Rosa Bloch-Bollag als Präsidentin der Zentralen Frauengaginationskommission die einmalig erfolgreiche Hungerdemonstration vom 10. Juni 1918 in Zürich. Der Zug von mehreren hundert Frauen schwoll vom Helvetiaplatz bis zum Rathaus auf gegen 2000 Menschen an. Analog zu den Forderungen des OAK an den Bundesrat verlangten die Demonstrierenden von dem im Rathaus tagenden Parlament und der Regierung die «sofortige Beschlagnahme aller Lebens- und Bedarfsartikel, Enteignung und Verteilung derselben unter Kontrolle der Arbeiterschaft nach Massgabe des Bedarfes, nicht des Besitzes» (Die Vorkämpferin 1918, 7, 2) sowie die Übernahme des Milchpreisaufschlags durch den Kanton, rückwirkend auf den 1. Mai 1917, die Erhöhung der Milchratierung für Arbeiterfamilien auf einen Liter pro Tag und Kopf, die Festsetzung eines Existenzminimums und die Erhöhung der Notunterstützung der Wehrmannsfamilien (SGB 1918d; Krämer 2016; Albertin 2014, 211f.). Die Zürcherinnen verlangten zugleich, dass die Einkommen der Ehefrauen bis 200 Franken im Monat bei der Festlegung der Anspruchsberechtigung unberücksichtigt bleiben sollten. Der Rat lehnte allerdings das Begehr von den Frauen ab, ihre Forderungen direkt vor dem Kantonsrat vorzubringen. Die Frauen liessen sich trotz Regens nicht abwimmeln, bis sie die Zusage erhielten, bei der nächsten Ratssitzung angehört zu werden. Wenige Tage später taten um die 15 000 Frauen und Männer auf dem Zürcher Münsterplatz ihre Solidarität mit den Demonstrantinnen und ihren Forderungen kund.

Das Rathaus als doppelte Frauentribüne

Die demokratische Verfassung des Kantons Zürich von 1869 ermöglichte den UrheberInnen von Volkspetitionen, diese direkt vor dem Kantonsrat zu begründen. So geriet unter dem Druck der Frauen das Zürcher Rathaus zur doppelten Tribüne der Frauen: oben auf der Estrade zum einen, unten im Saal zum andern. Während sich oben die Zuhörerinnen drängten, begründeten unten vor Parlament und Regierung Rosa Bloch-Bollag, Agnes Robmann und Marie Härri den Forderungskatalog der Zürcher Frauen. *Die Vorkämpferin* kommentierte das Durchsetzen des Verfassungsartikels von 1869 mit der treffenden Feststellung: «Wer hätte damals daran gedacht, dass ein halbes Jahrhundert später es Sozialdemokraten, und nicht nur das, dass es Frauen sein würden, die von diesem Rechte erstmals Gebrauch machen und dadurch erstmals im Kantonsparlament sich hören lassen würden. [...] Der Kantonsrat hatte gestern seinen Frauntag, einen historischen Tag!» (Die Vorkämpferin 1918, 7, 4) 1918 erkämpften sich Frauen das Wort auf der Tribüne, ganz entsprechend dem berühmten Diktum Olympe de Gouges' während der Französischen Revolution: «Hat die Frau das Recht, das

Schafott zu besteigen, so muss sie auch das Recht haben, die *Tribüne* zu besteigen.» Es sollte bis zur Einführung des Stimmrechts 1970 die einzige Intervention von Frauen im Kantonsrat von Zürich bleiben.

Zustimmungserklärungen des Frauenstimmrechtsvereins und der Zürcher Frauenzentrale wurden verlesen. Diese verlangten eindringlich, dass Vertreterinnen der verschiedenen Frauenvereine zur Mitberatung des als «Memorial» verfassten Forderungskatalogs der Sozialdemokratinnen beizuziehen seien und doppelten mit einer ähnlichen Eingabe an den Kantonsrat nach (Messmer 1991, 47). Gleichzeitig riefen sie per Flugblatt zu einer Frauenversammlung auf, damit bürgerliche und sozialdemokratische Frauen gemeinsame Wege fänden, um der Not entgegenzuwirken (Stadtarchiv Zürich 1918; Strub 1916/17, 229f.). Ihre Forderungen umfassten auch ein Minimallohngesetz und Lohnkontrollen – aus freisinniger Perspektive damals wie heute höchst umstrittene Postulate – sowie die Sicherung der Wehrmannsunterstützung ohne Abzug des Einkommens der Ehefrau.

Die Intervention der Frauen auf der Tribüne unten, unterstützt durch die Frauen auf der Tribüne oben, war zumindest teilweise erfolgreich. In der Folge konnte eine Vertreterin bürgerlicher Frauenvereine im Ernährungsamt Einsitz nehmen und Rosa Bloch-Bollag im Beirat für das Gesundheitswesen der Stadt Zürich, der sich aus acht Frauen und sieben Männern zusammensetzte. Außerdem wurde Bloch-Bollag im September 1918 in die Marktkommission zur Kontrolle der Einhaltung der Norm- und Höchstpreise für Gemüse und Obst gewählt (Strub 1917/18, 258). Der Erfolg war das Verdienst von Frauen, die als Repräsentantinnen verschiedener Flügel der Frauenbewegung in dieser zugespitzten sozialen Situation Faktoren der Existenzsicherung verknüpften: Lohn, Konsumgüterpreise und Hausarbeit.

Frauensolidaritäten im Kampf um Löhne, Preise und rechtliche Gleichstellung

Ausgehend von der prekären Lage vieler Familien, unterstützten bürgerliche Frauenorganisationen immer öfter die von der Arbeiterinnenbewegung erhobenen Forderungen nach Lohnerhöhung und nach gleicher Entlohnung von Frauen und Männern für die gleiche Arbeit. So kritisierten die Arbeiterinnen die ungenügenden Löhne in der Textil- und Konfektionsindustrie der Ostschweiz und von Zürich, da bei solchen Löhnen kein «menschenwürdiges Leben» möglich sei (Strub 1917/18, 258). Émilie Gourd, die Präsidentin des Frauenstimmrechtverbands, veranlasste 1917 eine Umfrage unter dem Titel *À travail égal, salaire égal*, ganz im Sinne des ein Jahr zuvor veröffentlichten Referats der Sozialistin Anny Morf: «Gleiche Pflichten, gleiches Recht – gleiche Arbeit, gleicher Lohn.» (Gourd 1919; Morf 1916) Gourd zeigte sich ausserdem begeistert vom Erfolg des Streiks der

Tabakarbeiterinnen in Brissago im Kampf um bessere Löhne. In der Waadt rief die verwitwete Bäuerin Augusta Gillabert-Randin als Antwort auf die Proteste gegen die Preise für Eier, Gemüse und Obst mit ihrer Gründung der Association des productrices de Moudon zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Produzentinnen und Konsumentinnen auf, mit dem Ziel, Grosshändler auszuschalten, um auf den lokalen Märkten Einheitspreise festzulegen (Gillabert-Randin 1918; Moser/Gosteli 2005, 49f.; Auderset/Moser 2012, 147f.).

Am meisten zu diskutieren gab allerdings das Frauenstimmrecht, das den zweiten Platz auf der Forderungsliste des Landesstreiks einnahm. Die Haltung der bürgerlichen Frauenverbände und der Frauenrechtlerinnen im Besonderen war in dieser Frage schon im Vorfeld wenig einheitlich gegenüber derjenigen der Sozialistinnen. Immer wieder betonten bürgerliche Frauen die Abgrenzung zum klassenkämpferischen Ziel der Arbeiterinnenbewegung. Gleichzeitig dankten Frauenstimmrechtsvereine der sozialdemokratischen Partei für die kantonalen und lokalen Eingaben zum Frauenwahlrecht. Noch ambivalenter war die Reaktion des OAK im November 1918 auf die Forderung nach Einführung des Frauenstimmrechts. Während die Sankt Galler Sektion des Frauenstimmrechtsverbands von ihrem Zentralpräsidium eine Nachdoppelung der Protestnote 787 des OAK verlangte und sich auch die Berner Frauenrechtlerin Emma Graf über Punkt 2, die Einführung des Frauenstimmrechts, des Forderungskatalogs sehr freute, betonten andere vor allem ihre Ablehnung des Landesstreiks (Hardmeier 1997, 192f.; Strub 1929, 132f.). Am stärksten umstritten war die Reaktion von Émilie Gourd, die ohne Absprache mit dem Vorstand im Namen des Frauenstimmrechtsverbands per Telegramm den Bundesrat eindringlich aufforderte, Punkt zwei umzusetzen, auch wenn der Verband von jeglicher Gewaltanwendung Abstand nehme. Für viele Mitglieder war die Stellungnahme «trop bolchévique», für andere «trop gouvernemental» (Porret 2000, 263). Umstritten war vor allem die Frage nach der Legitimität des Landesstreiks, weil die radikaleren Frauenrechtlerinnen die Forderung nach Einführung des Frauenstimmrechts begrüßten, andere sich grundsätzlich gegen den Generalstreik stellten. Noch weit stärker distanzierten sich die eher im gemeinnützigen Feld tätigen Frauenvereine vom Telegramm. Für das Parlament war das Frauenstimmrecht weder während des Streiks noch in der ordentlichen Dezembersession 1918 ein Thema. Die vom Freisinnigen Emil Göttisheim und vom Sozialdemokraten Herman Greulich eingereichten Motionen verschwanden für immer in der Schublade.

Tiefe Gräben und frauenspezifische Allianzen

Während die Aktionen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung Solidaritäten ermöglichten, vertiefte der Landesstreik die Gräben zwischen Sozialistinnen und bürgerlichen Frauen. Die Sozialistinnen störten sich vor allem, dass Vertre-

terinnen gemeinnütziger Vereine Soldaten mit «Liebesgaben» (wie Getränken, selbstgestrickten Socken, Briefen) unterstützten. Sozialistinnen dagegen verteilten Suppe an die Streikenden. Auf Erbitterung stiess bei ihnen auch die enge Zusammenarbeit zwischen Armee und Frauen aus bürgerlichem Milieu bei der Betreuung der vielen an Grippe erkrankten Soldaten, die gegen die Streikenden aufgeboten waren. Auf ultimatives Geheiss von Oberstdivisionär Emil Sonderegger richtete Else Spiller in Zusammenarbeit mit Frauen aus gemeinnützigen Vereinen in öffentlichen Gebäuden Lazarette und Spitäler ein. Finanziert wurden die Einrichtungen mehrheitlich durch die von «Geschäftskreisen» gesammelte «Zürcher Spende» von rund einer Million Franken.²

In den Nachkriegsjahren verfestigten sich in der Rezeption des Generalstreiks in bürgerlichen Frauenkreisen die negativ aufgeladenen Vorstellungen. Dennoch kam es in der Zwischenkriegszeit weiterhin zu punktuellen Allianzen zwischen linken und bürgerlichen Frauenorganisationen, wenn es um Fragen der Berufsbildung, der Lohngleichheit und des Frauenstimmrechts ging. Dank der organisatorischen Erfahrung von Sozialdemokratinnen und Gewerkschaffterinnen unterschrieben 1929 in kurzer Zeit rund eine Viertelmillion Personen, davon rund 175 000 Frauen, die von Frauenstimmrechtlerinnen lancierte Petition für das aktive und passive Frauenwahlrecht (Hardmeier 1997, 299f.; Mesmer 2007, 156f.). Auch der Erfolg des Hausfrauenvereins in der Auseinandersetzung um den Preis der ins Haus gelieferten Milch von 1930 und 1931 in Biel ist das Resultat der gemeinsamen Unterstützung dieser Aktion durch verschiedene lokale gemeinnützige Frauenvereine, den Lehrerinnenverein und die SP-Frauengruppe. Das gemeinsame Aktionskomitee rief zum Boykott auf und organisierte einen eigenen genossenschaftlichen Milchvertrieb. Unter dem Druck dieser Konkurrenz lenkte 1933 schliesslich der mächtige Bieler Milchverband ein (Ziegler 2007, 332f.).

So verweisen die Allianzen zwischen verschiedenen Flügeln der Frauenbewegung in den letzten Kriegsjahren, während des Generalstreiks sowie in den 1920er- und 1930er-Jahren auf Überschneidungen in der Beurteilung von Sachverhalten in Bereichen, die heute als Care definiert werden. Über alle Gegensätze hinweg zeigten Frauenorganisationen gemeinsame Interessen, für die es auch gemeinsam zu kämpfen galt. Diese Solidarität kam ebenso in Fragen der beruflichen und rechtlichen Gleichstellung der Frauen zum Tragen. Dass diese Frauensolidaritäten auch später Wirkung erzeugen konnten, bezeugte 1991 der landesweite Frauenstreik. Der abgewandelte Streikaufruf von 1918 erwies sich als weit umfassender als das Stilllegen der Räder: «Wenn Frau will, steht alles still!»

Anmerkungen

- 1 Aus dem Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein von 1863 des Schriftstellers Georg Herwegh.
- 2 Bericht über die Tätigkeit des Verbandes Soldatenwohl während der Grippeepidemie anlässlich des Generalstreiks in Zürich, November bis Dezember 1918. In: Gosteli Archiv, 180, SVV, Box 433, 603-03.
Abrechnung über die von der Armee aus der Nationalspende zur Verfügung gestellten 500 000 Franken. In: Brief von Elise Spiller aus Kilchberg an Fürsorgechef der Armee, Bern, 21. Jan. 1919.

Literatur

- Albertin, Ismael, 2014: Die Massnahmen des Zürcher Stadtrats zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung 1914–1921. In: Krämer, Daniel u. a. (Hg.): Woche für Woche neue Preisaufschläge. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkriegs. Basel, 211–233
- Auderset, Juri / Moser, Peter, 2012: Krisenerfahrung, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien. Die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitische «Lehrmeisterin». In: Thomas, David u. a. (Hg.): Krisen – Ursachen, Deutungen und Folgen. Zürich, 133–150
- Bochsler, Regula, 2004: Ich folge meinem Stern. Das kämpferische Leben der Margarethe Hardegg. Zürich
- Bösch, Ina, 2003: Die Sozialistin Margarethe Hardegg und ihre politischen Bühnen. Zürich
- Floris, Joël / Kuster, Marius / Woitek, Ulrich, 2017: Armutsgrenzen in der Stadt Zürich während des Ersten Weltkriegs». In: Jucker, Michael u. a. (Hg.): Alles wird teurer! Wucher! Brot! Traverse, Bd. 2017 (3), 97–112
- Frei, Annette, 1991: Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf. Zürich
- Gerhard, Ute, 1990: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek
- Gillabert-Randin, Augusta, 1918: Association des productrices de Moudon. La Terre vaudoise, Nr. 29, 20.7.
- Gourd, Émilie, 1919: À travail égal, salaire égal. D'après une enquête faite par l'Association suisse pour le suffrage féminin (1917–1918). Genf
- Grayzel, Susan R., 2014: Women's Mobilization for War, 1914/1918. International Encyclopedia of the First World War. encyclopedia.1914-1918-online.net/article/womens_mobilization_for_war (Abfrage 22.9.2018)
- Guex, Sébastien, 2017: L'inflation en Suisse pendant la Première Guerre mondiale. Causes, réactions, discussion historiographique. In: Jucker, Michael u. a. (Hg.): Alles wird teurer! Wucher! Brot! Traverse, Bd. 2017 (3), 81–96
- Hardmeier, Sibylle, 1997: Frühe Frauenstimmrechtsbewegung in der Schweiz (1890–1930). Argumente, Strategien, Netzwerk und Gegenbewegung. Zürich
- Heinzmann, Claudia, 2002: Von der Sonderorganisation zur Parteieinheit. Entwicklungen weiblicher Organisationsformen im Kontext der Arbeiterbewegung in der Schweiz. Dargestellt am Beispiel des Schweizerischen Arbeiterinnenverbands (1890–1917). Master Thesis, Universität Basel
- Joris, Elisabeth / Schumacher, Beatrice, 2014: Helfen macht stark. Dynamik im Wechselspiel von privater Fürsorge und staatlichem Sozialwesen. In: Rossfeld, Roman / Buomberger, Thomas / Kury, Patrick (Hg.): Die Schweiz und der grosse Krieg 14/18. Baden, 316–335

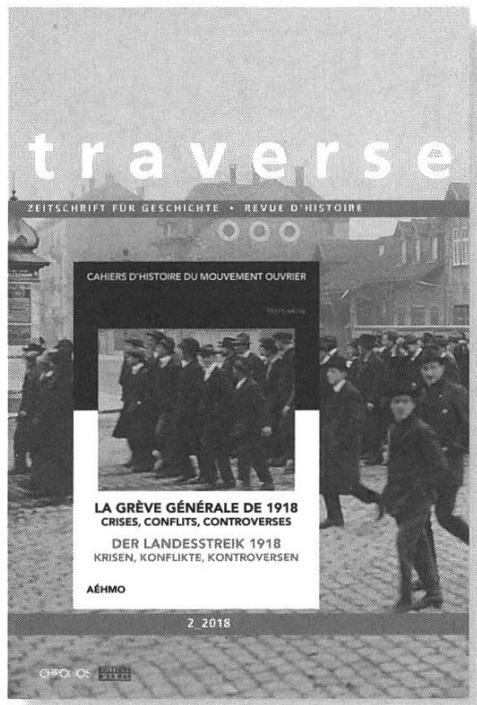
- Keller, Stefan, 2016: Kämpfend siegen oder sterben? generalstreik.ch/wp-content/uploads/2016/11/keller_3_tage_generalstreik_sgb2008.pdf (Abfrage 21.9.2018)
- Krämer, Daniel / Pfister, Christian / Segesser, Daniel Marc (Hg.), 2014: Woche für Woche neue Preisaufschläge. Nahrungsmittel-, Energie- und Ressourcenkonflikte in der Schweiz des Ersten Weltkriegs. Basel
- Mesmer, Beatrix, 1991: Jubiläen und Geschichtsbilder. Einige Bemerkungen zur Selbstdarstellung der Frauenzentralen. In: Belser, Katharina u. a. (Hg.): Solidarität – Streit – Widerspruch. Festschrift für Judith Jánoska. Zürich
- Mesmer, Beatrix, 1988: Ausgeklammert – Eingeklammert. Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts. Basel/Frankfurt am Main
- Mesmer, Beatrix, 2007: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht. Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971. Zürich
- Morf, Anny, 1916: Gleiche Pflichten, gleiches Recht – gleiche Arbeit, gleicher Lohn. Referat zum sechsten Frauentag in Reinach, 26. März
- Moser, Peter / Gosteli, Marthe (Hg.), 2005: Une paysanne entre ferme, marché et associations. Textes d'Augusta Gillabert-Randin 1918–1940. Baden
- Moser, Peter, 2014: Mehr als eine Übergangszeit. Die Neuordnung der Ernährungsfrage während des Ersten Weltkriegs. In: Rossfeld, Roman / Buomberger, Thomas / Kury, Patrick (Hg.): Die Schweiz und der grosse Krieg 14/18. Baden
- Oettli, Mascha / Kissel, Margarethe, 1958: Aus der Geschichte der Sozialdemokratischen Frauengruppen der Schweiz. In: Die Frau in Leben und Arbeit, Nr. 9, 1.9. Zürich
- Pfeifer, Regula, 1993: Frauen und Protest. Marktdemonstrationen in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916. Lizentiatsarbeit. Zürich
- Porret, Emma, 2000: Chronique féministe suisse-romande 1917/19. In: Gosteli, Marthe (Hg.): Vergessene Geschichte, Bd. 1. Bern, 263
- Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB), 1918a: Protokolle des Oltener Aktionskomitees. Archiv G 23/C. Bern. wvps46-163-105-116.dedicated.hosteurope.de/bern-sgb/link_netbiblio/Generalstreik/G_23C/G_23C_2_Protokolle%20GA/35_19180204.pdf (Abfrage 21.9.2018)
- SGB, 1918b: Protokolle des OAK. Archiv G23/C. Protokolle vom 13.3; 6.4.; 22.4. und 3.5.
- SGB, 1918c: Protokolle des OAK. Archiv G23/C. Protokolle vom 4.5.; 17.6.; 10. und 20.7.; 22. 8.; 12., 23. und 30.9.; und 10.10.
- SGB, 1918d: Protokolle des OAK. Archiv G23/C. Protokoll vom 17.6.
- Stadtarchiv Zürich, 1918: Protokoll des Stadtrates von Zürich vom 3. Juli und 25. September.
- Strub, Elisa, 1916/17: Chronik. Staatsarchiv St. Gallen, 229–232
- Strub, Elisa, 1917/18: Chronik. Staatsarchiv St. Gallen, 258
- Strub, Elisa, 1929: Emma Graf, Schweizer Frauen der Tat. Zürich
- Die Vorkämpferin. Offizielles Organ des Schweiz. Arbeiterinnenverbandes, 1910, Nr. 9, 5. www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=vor-001:1910:5#430 (Abfrage 22.9.2018)
- Die Vorkämpferin, 1915, Nr. 9, 2. www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=vor-001:1915:10::188#363 (Abfrage 22.9.2018)
- Die Vorkämpferin, 1917, Nr. 8, 5. www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=vor-001:1917:12#229 (Abfrage 22.9.2018)
- Die Vorkämpferin, 1918: Nr. 7, 2. www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=vor-001:1918:13#411 (Abfrage 22.9.2018)

Zetkin, Clara, 1915: Brief an die Genossin Kollontai, 18.02. In: Flandziu. Halbjahresblätter für Literatur der Moderne, N. F., 1/2014. Hamburg, 73–74. library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html (Abfrage 22.9.2018)

Zetkin, Clara, 1957: Ausgewählte Reden und Schriften. Band I. Berlin

Zweig-Strauss, Hanna, 1999: Betty Farbstein-Ostersetzer. Engagierte Ärztin und Sozialdemokratin. In: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik, H. 11, 105–110

Ziegler, Beatrice, 2007: Arbeit – Körper – Öffentlichkeit. Berner und Bieler Frauen zwischen Diskurs und Alltag (1919–1945). Zürich



Der Landesstreik 1918 La Grève générale de 1918

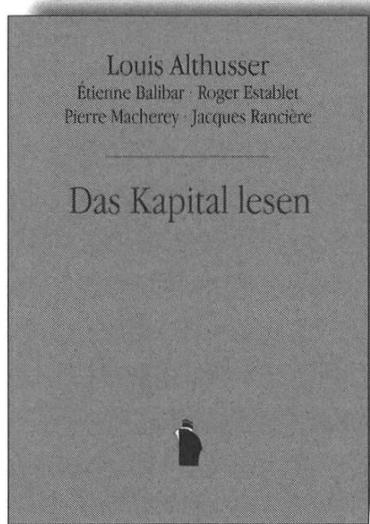
Eine der schwersten innenpolitischen Krisen der modernen Schweiz jährt sich zum einhundertsten Mal. Das Heft beleuchtet die Beteiligung der Frauen, die Rolle der Arbeitgeber und von Akteuren aus dem Agrarsektor sowie den Verlauf des Streiks ausserhalb der Zentren in der Deutschschweiz. Abgerundet wird die Publikation mit Überlegungen zur Historiografie des Landesstreiks und zu seiner (erinnerungs)politischen Nutzung.

2018/2. 328 S., 27 Abb. Br. CHF 28

traverse erscheint dreimal jährlich.
Abo CHF 75, für Studierende CHF 54.

www.chronos-verlag.ch





2. korrigierte Auflage

Louis Althusser / Étienne Balibar / Roger Establet /
Pierre Macherey / Jacques Rancière

Das Kapital lesen

Vollständige und ergänzte Ausgabe
mit Retraktationen zum Kapital

herausgegeben von Frieder Otto Wolf unter Mitwirkung von
Alexis Petrioli
übersetzt von Frieder Otto Wolf und Eva Pfaffenberger
Broschur – 2018 – 764 S. – 45,00 € – ISBN 978-3-89691-952-6

Slave Cubela

Engineering der Freiheit

Eine kleine Geschichte der bürgerlichen
Propaganda in den USA des 20. Jahrhunderts

2018 – 177 Seiten – ca. 20,00 € – ISBN 978-3-89691-281-7

Cubela zeichnet skizzenhaft die propagandistische Modernisierung des klassischen politischen Liberalismus durch die bürgerlichen Klassen der USA im 20. Jahrhundert nach und bietet so eine Reihe strukturhistorischer Denkanstöße für ein tieferes Verständnis der Präsidentschaft einer Medienfigur wie Donald Trump.



Olaf Tietje

„Wir nahmen uns das Wort“

Migrantische Akteur_innen in Almería,
Spanien: Zwischen Subalternisierung und
Handlungsmacht

2018 – 285 Seiten – 30,00 € – ISBN 978-3-89691-285-5

Die ethnographisch angelegte, soziologische Studie mit Bezug auf aktuelle kritische Migrations- und Gewerkschaftsforschung zeigt, wie migrantische Landarbeiter*innen Prozesse der Subalternisierung unterbrechen und Räume von Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

